

ersten Arbeit auch praktizierten (anonyme Gruppenarbeit) zwangen wir Schumann, sowohl seine eigenen Vorstellungen zu präzisieren, als auch die von uns gewählten Arbeitsformen zu akzeptieren. Durch ständige Eingriffe in den Seminaraufbau versuchten wir die Form der Vorlesung in der die Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden lediglich auf einem schriftlichen autoritären Frage-Antwort-Spiel abzulösen durch eine Diskussion in der die Lehrinhalte selbst in Frage gestellt werden.

Durch diese Art von Aktionen stellte sich in unserer Gruppe ein unreflektiertes (unpolitisches) Wirgefühl ein, das als Grundlage für eine politische Weiterarbeit nicht ausreicht. Um diesem Mangel abzuhelfen, Versuchen wir über eine politische Standortbestimmung der Einzelnen ein politisches Selbstverständnis der Gruppe zu definieren. Dies soll an Hand von Diskussionen über Texte geleistet werden, die einerseits einen direkten Bezug zu unseren jetzigen und zukünftigen Arbeitsbereich haben und die andererseits durch fehlende politische und ökonomische Argumentation eine grundsätzliche Diskussion gewährleisten (z.B. Soziologie-Seminar-Papiere).

Schlieflich ist ein weiteres Ziel unserer Arbeit in diesem Semester, die Einrichtung eines Lehrstuhls für "Politische Ökonomie" an der THD herbeizuführen. Hier ist an eine Zusammenarbeit mit der Basisgruppe VI gedacht. Die BGP begründet die Forderung nach einem Lehrstuhl für Politische Ökonomie folgenden Forderungen:

- 1.) Die Einzelvorlesungen der Einführung in die Betriebs- und Volkswirtschaft vermit-



TERMINE

ZENTRALRAT Donnerstags, 18.00 Uhr, 11/355
Basisgruppe Gewerbelehrer Mittwochs, 20.00 Uhr, Fachschaftsraum Kust
Basisgruppe Politik Freitags, 16.15 Uhr, Schlosskeller
Studienerberatung Mittwochs, 13.30 - 15.00 Uhr, Lautenschlägerstr. 5 1/2 (Wohn. Lichtenheld)

ZUR ERSTSEMESTERTAGUNG

Der Zentralrat hat für die Erstsemestergymnasial- und Gewerbelehrer eine Wochenendtagung vom 6.-8. Nov. auf der Starkenburm (Jugendherberge) bei Heppenheim (Bergstraße) durchgeführt.

Den Erstsemestern sollte dabei Gelegenheit gegeben werden, sich untereinander kennenzulernen und eventuell weiter zusammenzuarbeiten; die Vereinzelung der Lehramtskandidaten bis zum Vorexamen sollte durchbrochen werden; Informationen über die Institution Hochschule gegeben werden, der Zentralrat vorge stellt und neue Mitglieder gewonnen werden, das bisherige polit. Desinteresse der meisten Lehramtskandidaten abgebaut werden und über Lehrstudium (Möglichkeiten der Selbstorganisation) und Lehrerbildung diskutiert werden.

Eingeladen wurde zu dieser Tagung durch einen Brief an alle Erstsemester, Plakate und Flugblätter und BÜcherverkauf in der Mensa. Es meldeten sich ca. 20 Erstsemester (ca. 20 %).

Auf der Tagung wurde dann die Arbeit des Zentralrats diskutiert, Informationen über die an der Hoch-

schule arbeitenden Gruppen gegeben und die gesellschaftl. Pkt. des Lehrers und die Lehrerausbildung einschließlich Studienbedingungen diskutiert. Es bildeten sich 3 Erstsemester-Basisgruppen, von denen die Basisgruppe Politik und die Basisgruppe Gewerbelehrer bis jetzt kontinuierlich weitergearbeitet haben.

Kritik:
 Die Diskussion blieb zu allgemein, der Zentralrat ging zu sehr von seiner eigenen Praxis aus und berücksichtigte nicht die noch fehlenden Studenerfahrungen der Erstsemester. Bei einer ähnlichen Tagung im nächsten Jahr möchte konkreter an den Studienbedingungen diskutiert werden. Dazu müsste allerdings der Termin anders gewählt werden, etwa am Ende des 1. Semesters, wenn bereits eigene Erfahrungen der Erstsemester vorliegen, am Beginn des Studiums müßte eine eingehende Studienberatung stattfinden, vielleicht auch in Form einer Tagung neben einem festen wöchentlichen Termin in der Hochschule.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß der Bedarf an Ausbildung nicht durch die Interessen der Lehrlinge, sondern fast ausschließlich von den Interessen derer bestimmt wird, die finanziellen Nutzen daraus ziehen.

Arbeiter in der Industrie beschäftigt sind. Für eine mechanisierte Produktionsweise genügt neben billigen Hilfsarbeitern ein kleiner Stand spezialisierter Facharbeiter, die die Produktionsmittel instand halten und weiter ausbauen. Die Großindustrie bedient sich daher der sogenannten selektiven Planifikation in der Ausbildung, um Quantität und Qualität der Auszubildeten entsprechend ihren Anforderungen steuern zu können. Beispiele dafür sind der Drei-Stufen-Plan der Firma Krupp und das Braunschweiger Modell.

Die Berufsbildungsorganisationen wie die "Arbeitsstelle der betrieblichen Berufsausbildung" sind reine Einrichtungen der Wirtschaft, besetzt von Industrie- und Handelsvertretern und den Arbeitgeberbern. Die gewerkschaftlichen Mitglieder spielen darin nur eine geringe Rolle. Auch das nun gegründete Bundesinstitut für Berufsbildungsreform (Köln) wurde organisatorisch so besetzt, daß eine Arbeit im Sinne der Lehrlinge nicht stattfinden kann. Über diese Institute gelingt es der Industrie, die öffentlichen Berufsschulen für ihre Zwecke einzuspannen: Die theoretische Ausbildung wird in der Berufsschule geleistet, sodaß in der Betriebsinternen Ausbildung nur die speziellen Bedürfnisse der Betriebe berücksichtigt werden.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß der Bedarf an Ausbildung nicht durch die Interessen der Lehrlinge, sondern fast ausschließlich von den Interessen derer bestimmt wird, die finanziellen Nutzen daraus ziehen.

LEHRER-INFO

NR. 4
15. 12. 70

ZENTRALRAT DER LEHRAMTSKANDIDATEN · TH DARMSTADT

Politik für Lehrer

Auf der Erstsemestertagung (Starkenburg) konstatierte sich die "BGP" (Basisgruppe Politik), die zusammen mit anderen Basisgruppen den Zentralrat in seiner Arbeit unterstützen wird. Die detaillierte Zielsetzung der BGP wird in enger Zusammenarbeit mit dem Zentralrat bestimmt werden. Es folgt ein kurzer Bericht unserer Anfangstätigkeit.

Da wir alle im Kursus "Einführung in die Arbeitsweise der Politikwissenschaft" von Schumann und Lavies teilnahmen, ergab sich die Möglichkeit zu einer gemeinsamen Aktion. Darunterredeten von Schumann, Dialoge zwischen Schumann, Lavies und vielleicht noch über Studenten, Unklarheiten über den Seminarverlauf und über Bewertungsmaßstäbe führten zu einer allgemeinen und unausgesprochenen Unzufriedenheit. Durch gezielte Angriffe gegen die Methoden der Seminarleitung erreichten wir eine Artikulation des Unbehagens auch bei anderen Seminarteilnehmern. Dadurch, daß wir teiltailierte Vorstellungen über den geforderten Leistungsnachweis vorbrachten und bei der ersten Arbeit auch praktizier-

ten kein politisches Bewußtsein über die Probleme der Ökonomie.

2.) Die Überfüllung der Vorlesung mit Wirtschaftskandidaten und Lehramtskandidaten verhindert eine aktive Mitarbeit.

3.) Die Inhalte der Vorlesungen zeigen die wechselseitige Abhängigkeit von politischen und ökonomischen Entscheidungen nicht auf.

4.) Eine Einführung für Lehramtskandidaten hat nur dann einen Sinn, wenn mit Erarbeitung der wichtigsten Grundbegriffe und Modelle auch ihre Problematik erkennbar wird.

5.) Wir fordern eine Einführung in die Ökonomie, die aus einem zweisemestrigen Kurs besteht:

a) den Bezug zwischen Wirtschaft und Politik aufzeigt und auf marxistischen Kategorien beruht;

b) die Grundlage für die Studien in Politik und Soziologie darstellt;

c) Teil des pädagogischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums für alle Lehramtskandidaten ist.

BERUFSAUSBILDUNG

IM KAPITALISMUS

Die Basisgruppe Gewerbelehrer hat sich zur Aufgabe gesetzt, in Theorie und Praxis die Widersprüche der kapitalistischen Berufsausbildungskonzeption zu analysieren. Die Bedeutung der berufsbildenden Schulen wird klar, wenn man bedenkt, daß 80% der Hauptschüler direkt zur Berufsschule überwechseln, eine praktische Tätigkeit ausüben und Lehrlinge werden. Der größte Teil dieser Schüler erhält während ihrer Ausbildungszeit lediglich eine sogenannte Erziehungsbeihilfe, die zwischen 80 und 200 DM liegt. Von Seiten der Ausbildungsbetriebe wird immer wieder versucht, glaubhaft zu machen, daß diese Ausbildung den Betrieb sehr viel Geld kostet. Es wäre also anzunehmen, daß kapitalistische Betriebe (z.B. Handwerksbetriebe) sich diese teure Lehrlingsausbildung nicht leisten können. Folgende Zahlen zeigen jedoch, daß diese Betriebe ohne Lehrlinge nicht existieren könnten: 1967 waren knapp zweidrittel aller gewerblichen Lehrlinge im Handwerk beschäftigt. Sie stellten dabei 17,4% aller im Handwerk Beschäftigten gegenüber in der Industrie ihr Anteil nur 4% betrug. 60% aller Lehrlinge

sind in Kleinbetrieben mit weniger als 50 Arbeitskräften beschäftigt. Eine Befragung des DGB im Jahre 1965 ergab, daß nur 60% der gesamten Arbeitszeit eines Lehrlings für Facharbeit verwendet wird.

Die Beschäftigung von Lehrlingen als billige Arbeitskräfte ist für die Handwerksbetriebe existenznotwendig im ständig scharfer werdenden Konkurrenzkampf der kleineren Betriebe untereinander, da die Lehrlinge für Arbeiten herangezogen werden können, für die sich auf dem "Arbeitsmarkt" niemand findet. Diese Ausbeutung wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß nach Beendigung ihrer Ausbildung nur 51% der Facharbeiter ihren erlernten Beruf ausüben; der Rest wandert in die Industrie oder billige Hilfsarbeiter oder ergreift artfremde Berufe.

Die Industrie selbst ist von der Organisation ihrer Produktion (Automation und Fließband) her auf eine massenhafte Beschäftigung von Lehrlingen angewiesen. Sie bildet auch nur ein Drittel aller Lehrlinge aus, obwohl 40% der Arbeiter in der Industrie be-